

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 03.06.2022, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 11:45 Uhr

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Kennzahlenset 2022 Personalmanagement	110/2022 7
4.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung von Telefonserviceleistungen der Gemeinde Ostbevern durch den Kreis Warendorf	046/2022 9
5.	Änderung der Taxentarifverordnung für den Kreis Warendorf	061/2022 10
6.	MobiTicket 2023	084/2022 11
7.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Erweiterung der Mobilitätsuntersuchung des Kreises Warendorf in den kreisangehörigen Städten Ahlen und Warendorf sowie der Gemeinde Everswinkel	112/2022 12
8.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Münsterlandkreisen und dem Zweckverband Mobilität Münsterland (ZVM) sowie den Kreisen Coesfeld und Warendorf zur Übertragung von Aufgaben nach dem ÖPNV-Gesetz	085/2022 13

- | | | | |
|------------|--|-------------------|-----------|
| 9. | Direktvergabe der RVM – Änderung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Gütersloh | 093/2022 | 14 |
| 10. | Anschaffung von Bussen mit alternativen Antrieben | 086/2022/1 | 15 |
| 11. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2021 | 098/2022 | 18 |

Anlagen

Anlage 1 Präsentation Corona

Anlage 2 Präsentation Ukraine

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf, Dr.
Mitglieder des Kreisausschusses
Bas, Ali
Blex, Christian, Dr.
Blömker, Franz-Ludwig
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Kaup, Winfried
Kocker, Dennis
Luster-Haggeney, Rudolf
Möllmann, Rolf
Schlösser, Ulrich
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Westerwalbesloh, Florian
stellv. Ausschussmitglieder
Lepper, Martin
Schindler, Ron
von der Verwaltung
Bleicher, Herbert, Dr.
Funke, Stefan, Dr.
Heuermann, Wiebke
John, Kai
Klausmeier, Brigitte
Schreier, Petra

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreisausschusses
Diekhoff, Markus
Nienkemper, Dorothea

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass folgende Vorlagen/Dokumente nachträglich per Mail bzw. per Post versandt wurden:

- Ergänzungsvorlage „Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst“ (108/2022/1)
- Ergänzungsvorlage „Anschaffung von Bussen mit alternativen Antrieben“ (086/2022/1)

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 23.05.2022 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Landrat Dr. Gericke ernennt Herrn Martin Lepper zum Ehrenbeamten. Herr Lepper spricht den Eid.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Ausschussmitglied zu Wort.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage meldete sich kein Einwohner/ keine Einwohnerin zu Wort.

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Zunächst berichtet die Verwaltung zur aktuellen Lage in Bezug auf die Coronapandemie.

Frau Klausmeier berichtet präsentationsgestützt über die aktuelle Coronalage.

Frau Schreier fährt fort und berichtet zur Lage der ukrainischen Flüchtlinge. Die Zuwächse gehen deutlich zurück. Daher würde der Kreis die Puffereinrichtung, die in der Turnhalle des Paul Spiegel Berufskollegs nunmehr nach den Sommerferien auflösen. Ein entsprechender Beschluss sei im Krisenstab gefasst worden. Das Material würde eingelagert.

Zum 01.06.2022 sei der Rechtskreiswechsel der Leistungen von AsylbG in das SGB II erfolgt. Dazu sei es erforderlich, alle Personen bis zum 31.10.2022 erkennungsdienstlich zu behandeln.

Um dieses Ziel erreichen zu können, sei es gelungen, mit einem mobilen Team des Landes, eine Aktion im ehemaligen Impfzentrum durchzuführen. An dieser Aktion habe sich auch das Jobcenter beteiligt, sodass in den Wartezeiten SGB II-Anträge gestellt werden konnten. Diese Aktion werde 2 Wochen, bis zum 17.06.2022, durchgeführt.

Landrat Dr. Gericke erklärt, wie wichtig es sei, die Personen schnellstmöglich in das SGB II überzuleiten. Es dürfe selbstverständlich keine Leistungsunterbrechung beim Rechtskreiswechsel geben. Er bedankt sich für die bisher von den Kollegen geleistete Arbeit und weist darauf hin, dass dieser Rechtskreiswechsel auch zu einer finanziellen Mehrbelastung des Kreises, durch den Anstieg der Kosten für Unterkunft und Heizung führen würde.

Frau Klausmeier ergänzt, aktuell würde mit etwa 900 zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften kalkuliert. Bisher seien bereits 360 Anträge gestellt.

Eine große Herausforderung sei die Unterbringung der Kinder in Kitas. Das Landesjugendamt weiche nicht von seinen Standards ab. Auch für sog. Brückenprojekte seien die Anforderungen an Räumlichkeiten und Personal sehr hoch.

Bei der Aufnahme der Kinder im Schulsystem ergaben sich bisher keine Probleme.

Herr Gutsche (CDU) meldet sich zu Wort. Er stellt die erneute hohe Zusatzbelastung der Kreisverwaltung heraus. Nach Corona käme nun eine weitere Krise hinzu.

Die Bewältigung dieser Zusatzaufgaben sei nur durch das Verschieben von Personal möglich. Dies führe zu hunderten von Überstunden. Dies sollte auch bei der Personalbemessung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden.

Die Situation der Standards bei der Kinderbetreuung sei ein typisch deutsches Problem. Dies hemme die Abarbeitung der Krisen.

Herr Schlösser (Grüne) regt an nicht mehr von Krisen zu sprechen, sondern von besonderen Herausforderungen. Diese Zeiten werden immer mehr.

3. Kennzahlenset 2022 Personalmanagement**110/2022**

Frau Schreier erläutert das Kennzahlenset. Sie geht auf folgende Punkte im Einzelnen ein.

Zunächst zur Personalstruktur. Aktuell habe der Kreis 1442 Mitarbeiter davon 320 Beamtinnen und Beamte. Insgesamt handle es sich dabei um 1032,5 Planstellen für 2022. Das hänge auch mit der Teilzeitquote zusammen.

85 Auszubildende in 17 Berufen machen den Kreis zu einem der größten Ausbildungsbetriebe im Kreis. 52 Auszubildenden seien weiblich.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten liege bei 58,7%. Erfreulich sei, dass wir auch in der IT und dem Rettungsdienst eine Steigerung verzeichnen konnten.

Das Durchschnittsalter liege bei 43,8 Jahren.

Ein zentrales Thema sei beim Kreis zudem die Arbeitgeberattraktivität. Man müsse sich mit der Wirtschaft messen.

Der Kreis wurde erneut als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert. Die Kita Kreishäuschen trägt dazu bei.

Eine weitere Auszeichnung habe der Kreis als attraktiver Arbeitgeber erhalten. Dafür entscheidend seien gewesen die Innovationsbereitschaft, beispielsweise mit dem Dienstradleasing, Telearbeit und den zahlreichen Arbeitszeitmodellen.

Der Kreis bemühe sich zudem um eine Zertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber.

Herr Lepper (FWG) fragt nach der Anzahl der Fahrradstellplätze. Diese seien knapp. Dr. Gericke berichtet, dass weitere in Planung seien.

Herr Bas (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht und fragt nach, wie divers die Verwaltung sei. Das ergäbe sich aus dem Bericht nicht. Ihn interessiere besonders, wie die Verwaltung aufgestellt sei bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und was die Verwaltung tue, um solche Menschen zu gewinnen. Ihm sei bekannt, dass andere Verwaltungen sich speziell darum bemühten.

Frau Schreier erklärt, dass dafür nicht explizit geworben werde, sich der Kreis Wandorf nicht verstecken müsse. In Ausschreibung werde danach aber gezielt gesucht. Der Kreis habe viele Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Der Kreis verfüge auch über einen Dolmetscherpool, der sich aus der Mitarbeiterschaft ergäbe. Zukünftig sollen dazu Zahlen mit aufgenommen werden.

Herr Blömker (SPD) bedankt sich für den Bericht. Er hebt besonders die Form der Darbietung hervor. Allerdings verkürze die Darstellung das Engagement im Ehrenamt.

Wie wird dieses Engagement unterstützt. Daher bittet er im kommenden Bericht auf die Förderung von Engagement von Mitarbeitern einzugehen.

Dr. Gericke betont, dass speziell die flexible Arbeitszeit diese Tätigkeiten im Ehrenamt unterstütze. Beispielsweise würden 2 Tage Sonderurlaub für Ferienfreizeiten gewährt.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich für das Engagement der Verwaltung im Hinblick auf die erhaltenen Zertifikate und Auszeichnungen. Dies sei nicht selbstverständlich und belege die Arbeit, die seitens der Verwaltung investiert werde. Die Kreisverwaltung gehe die richtigen Wege. Auch die gute Förderung des dualen Studiums in den Ingenieurberufen begrüße er sehr.

Frau Grap (Grüne) betont, der Kreis habe seine Hausaufgaben gemacht. Bei den Umliegenden Oberzentren müsse der Kreis als Arbeitgeber einiges bieten. Ansprechen möchte sie, dass Teilzeitmodelle in höheren Führungsebenen angeboten werden. Sie schließe sich den Ausführungen von Herrn Gutsche zur Förderung dualer Studiengänge an.

Frau Schreier erklärt, der Kreis arbeite auch an Modellen für Teilzeit in Führungsebenen.

Herr Möllmann (CDU) hebt den, nach seiner Einschätzung, sehr niedrigen Krankenstand nach zwei Krisen hervor. Dies spreche für den Kreis als Arbeitgeber. Er fragt nach, ob es eine Möglichkeit gäbe dies zu honorieren.

Frau Schreier erklärt, die Möglichkeiten seien sehr beschränkt.

4.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung von Telefonserviceleistungen der Gemeinde Ostbevern durch den Kreis Warendorf	046/2022
----	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke erläutert, dass mit Everswinkel, Telgte und Sassenberg entsprechende Vereinbarungen bestehen und umgesetzt sind. Ostbevern soll nun hinzukommen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vereinbarungsentwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Ostbevern abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Ostbevern einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der Richtlinie für Zuwendungen des Landes NRW zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit für die Gemeinde Ostbevern zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5. Änderung der Taxentarifverordnung für den Kreis Warendorf 061/2022

Frau Schreier erklärt, die Änderung sei der Kostensteigerung geschuldet. Eine Abstimmung im Münsterland sei erfolgt.

Herr Schulte (Die FRAKTION) erkundigt sich nach dem Unterschied zum Kreis Paderborn. Dort sei gerade ein Taxiunternehmen insolvent geworden.

Frau Schreier führt aus, dass nach Rücksprache im Münsterland, die Preise in zwei Stufen um 15% erhöht werden sollen. Im 4. Quartal werden die Preise nochmals überprüft.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen den Taxentarif ab dem 01.10.2022 wie folgt festzusetzen:

Änderung zum	01.10.2022
Grundpreis Tag:	4,05 €
Grundpreis Nacht (So/Ft):	4,50 €
Normaltarif je km:	2,40 €
Nachttarif (So/Ft) je km:	2,55 €
Großraumtaxenzuschlag	
Grundpreis Tag:	9,65 €
Grundpreis Nacht (So/Ft):	10,10 €
Anfahrt Normaltarif je km:	1,20 €
Anfahrt Nacht (SO/Ft) je km:	1,25 €
Wartezeitgebühr:	37,95 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. MobiTicket 2023**084/2022**

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass jährlich eine Entscheidung notwendig sei, um die Fördermittel beantragen zu können.

Weitere Erläuterungen werden nicht gewünscht.

Beschlussvorschlag:

Dem Förderantrag für das MobiTicket für das Jahr 2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Erweiterung der Mobilitätsuntersuchung des Kreises Warendorf in den kreisangehörigen Städten Ahlen und Warendorf sowie der Gemeinde Everswinkel	112/2022
----	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke übergibt das Wort an Herrn Dr. Bleicher.

Herr Dr. Bleicher erklärt den Hintergrund der Untersuchung. Dazu sei eine Nachfrage bei den Städten und Gemeinden erfolgt, ob dort noch Bedarfe bestehen, sich an der Untersuchung zu beteiligen. Ahlen, Everswinkel und Warendorf hätten sich daraufhin gemeldet und hätten sich mit eigenen Anforderungen beteiligt. Für die nun folgende Ausschreibung sei eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung erforderlich.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird ermächtigt, die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten Ahlen und Warendorf sowie der Gemeinde Everswinkel über die Übertragung der Zuständigkeit für die Ausschreibung und Vergabe der Mobilitätsuntersuchung abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Münsterlandkreisen und dem Zweckverband Mobilität Münsterland (ZVM) sowie den Kreisen Coesfeld und Warendorf zur Übertragung von Aufgaben nach dem ÖPNV-Gesetz	085/2022
----	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke führt aus, dass die Abstimmungen bereits seit Jahren liefen. Nunmehr sei eine Einigung erfolgt.

Weitere Erläuterungen werden nicht gewünscht.

Beschlussvorschlag:

1. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Kreisen Borken, Coesfeld und Warendorf und dem Zweckverband Mobilität Münsterland auf dem Gebiet des ÖPNV vom 01.09.2012 wird – unter teilweiser Aufhebung sowie dem Beitritt des Kreises Steinfurt zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung – entsprechend des beigefügten Entwurfs geändert.
2. Dem beigefügten Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Kreisen Coesfeld und Warendorf wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den anderen Vertragspartnern, die Genehmigung der Vereinbarungen unter Ziffern 1 und 2 bei der Bezirksregierung Münster einzuholen.
4. Der Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen erfolgt unter dem Vorbehalt, dass alle beteiligten Vertragsparteien die vorgenannten Beschlüsse fassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Direktvergabe der RVM – Änderung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Gütersloh	093/2022
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Bleicher führt dazu aus. Die Gemeinde Beelen habe einen Bürgerbusverein gegründet. Da die Linie auch in das Gebiet des Gütersloh hineinreiche, sei der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erforderlich. Dies sei auch von anderen Linien bekannt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird ermächtigt, die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Gütersloh über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitten) abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

10. Anschaffung von Bussen mit alternativen Antrieben**086/2022/1**

Herr Dr. Bleicher fasst den Stand zu den im letzten Jahr gefassten Beschlüssen zusammen. Im letzten Jahr wurde mit einer Mehrheit von 61 zu 2 Stimmen der Beschluss gefasst 2 Wasserstoffbusse zu beschaffen.

Die beantragten Fördermittel seien leider nicht bewilligt worden. Auch die Gespräche mit Tankstellenbetreibern seien bisher erfolglos geblieben.

Im Hinblick auf die Reichweitensteigerungen bei den Elektrobussen im vergangenen Jahr und dem Wunsch nach Dekarbonisierung sei bei der RVM überlegt worden auch Elektrobusse zu beschaffen. RVM wolle mit beiden Technologien Erfahrungen sammeln.

Die drei geplanten Möglichkeiten im Kreis zu tanken hätten sich leider zerschlagen. In Amelsbüren existiere eine Tankmöglichkeit, sodass ein Bus auf einer Linie zwischen Münster und dem Kreis betankt werden könne. Zudem habe sich eine neue Fördermöglichkeit ergeben, sodass der vorliegende Beschlussvorschlag unterbreitet würde.

Problematisch sei, dass es aktuell sehr schwierig sei, grünen Wasserstoff zu bekommen. Dennoch solle man an der Beschaffung eines Wasserstoffbusses festhalten.

Frau Grap (Grüne) erinnert daran, dass seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Zustimmung zur Beschaffung der Wasserstoffbusse mit der Betankung mit grünem Wasserstoff verbunden war.

Die Fraktion habe sich im Kreis Steinfurt informiert, der ebenfalls Wasserstoffbusse beschaffen wollte. Auch dort habe sich die Tankmöglichkeit im Nachhinein zerschlagen.

Die Fraktion sei keinesfalls gegen die Technologie, allerdings nur bei der Tankmöglichkeit mit grünem Wasserstoff.

Die sich durch den Wasserstoffbus ergebenden Mehrkosten seien auch deswegen nicht zu rechtfertigen.

Daher werde die Fraktion an Ihrem Antrag festhalten.

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass die Betankung mit grünem Wasserstoff in der Vorlage aus dem letzten Jahr keine Bedingung war. Man sei zuversichtlich, dass in der Beschaffungszeit von 2 Jahren auch grüner Wasserstoff zur Verfügung stehe.

Wenn man nun auf die Wirtschaftlichkeit bei der Beschaffung abstelle, müssen man zum jetzigen Zeitpunkt Dieselsebusse beschaffen. Jetzt abzuwarten würde das Thema Wasserstoff ausbremsen. Der ursprüngliche Beschluss zur Beschaffung von zwei Wasserstoffbussen sei zudem gültig.

Herr Kocker (SPD) sieht den Zeitdruck bei der Entscheidung nicht. Auch wenn nun die Beschaffung der Wasserstoffbusse zwei Jahre dauere. Im letzten Jahr seit dem Beschluss zum Kauf der beiden Busse sei ebenfalls nichts passiert. Das Fiskalische sei aber nicht das Argument. Kostentechnisch müsse man tatsächlich Dieselsebusse kaufen.

Wichtig wäre der SPD-Fraktion vor allem das Vorhandensein von Wasserstofftankstellen gewesen. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass in Ostbevern ein Projekt zur

Errichtung und Betrieb einer Wasserstofftankstelle in konkreter Planung sei. Die Betankung in Amelsbüren schränke den Betrieb zu sehr ein und mache das Ganze zu einem Prestigeobjekt.

Dr. Bleicher führt zu den Fördermöglichkeiten von Wasserstofftankstellen aus und erklärt, dass wenn man sein Elektrofahrzeug unterwegs tanke, ebenfalls nicht immer Ökostrom zu bekommen sei.

Herr Dr. Blex (AfD) erklärt, gerade seien die Defizite von beiden Technologien aufgezeigt worden. Natürlich sei in der Steckdose nicht immer grüner Strom verfügbar, sondern die Elektronen würden von dem angetrieben was gerade verfügbar sei. Nachts und bei Flaute kann das nicht Solar-oder Windenergie sein. Es käme eine Strommix aus der Steckdose.

Das Problem der Wasserstofftechnologie, die ja die Defizite der Elektromobilität beseitigen solle, sei der hohe Preis. Es sei zudem eine Energievernichtung, bei einem Wirkungsgrad von unter 25% bei der Umwandlung.

Herr Gutsche (CDU) wendet ein, dass es bei reiner Kostenbetrachtung bei Mineralischen Brennstoffen bleiben müsse. Für die Dekarbonisierung sind beide Technologien wichtig. Selbstverständlich sei grüner Strom nur über Zertifikatskäufe vorhanden. Faktisch habe man hier in Deutschland Mischstrom in der Dose.

Wasserstoff sei wichtig für die Speicherung der Energie. Der Kreis müsse nun in die Technologie einsteigen. Die CDU trage daher den Kompromissvorschlag mit.

Herr Schulte (Die FRAKTION) befürworte es nicht, eine getroffene Entscheidung einfach wieder umzustoßen. Er halte es auch für falsch, sich bereits jetzt auf eine Technologie festzulegen. Es falle ihm schwer, dass heute neu zu entscheiden.

Frau Grap (Grüne) erklärt das sich ihre Fraktion darauf verlassen habe, dass die Wasserstoffbusse nur mit grünem Wasserstoff betrieben werden. Die Klimakrise schreite schnell voran. Daher müsse man alle Technologien unterstützen, die den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen voranbringen. Die Fraktion der Grünen stehe jedoch nicht zur Verfügung, um auf Biegen und Brechen einen Wasserstoffbus zu beschaffen.

Landrat Dr. Gericke beton erneut die Notwendigkeit der Beschaffung zumindest eines Wasserstoffbusses, um auch den Bedarf für die Schaffung einer Tankstelleninfrastruktur und der Produktion von grünem Wasserstoff voranzubringen.

Frau Grap (Grüne) sieht die Notwendigkeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Zum jetzigen Zeitpunkt mache der ursprüngliche Beschluss keinen Sinn mehr.

Herr Dr. Blex (AfD) betont erneut, dass der katastrophale Wirkungsgrad bei der Anreicherung von Wasserstoff mit Strom dazu führt, dass sich die Produktion nicht rechnet. Auch weil der grüne Strom dafür nicht ausreiche. Bisher werde Wasserstoff nicht verwendet, weil es sich wirtschaftlich nicht rechne, nicht deswegen, weil die Technologie fehle.

Herr Möllmann (CDU) betont, dass der bisherige Beschluss in der Welt sei. Natürlich müsse man, im Lichte neuer Erkenntnisse nicht daran festhalten. Daher unterstütze

er den Kompromissvorschlag der Verwaltung.

Herr Kocker (SPD) beantragt die Vertagung in den Kreistag. Für die SPD sei die Wasserstofftechnologie noch immer ein Thema. Bis dahin könnte die Verwaltung auch noch einmal in Ostbevern nach dem Stand des Projektes fragen.

Herr Dr. Blex (AfD) weist darauf hin, dass es auch nach dem Ausbau von Wind- und Solarenergie keinen Überschussstrom gäbe.

Landrat Dr. Gericke unterbricht die Sitzung für eine Beratung.

Herr Gutsche (CDU) spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Warendorf beauftragt die RVM, einen Wasserstoff- und drei Elektrobusse zu beschaffen. Diese sollen auf Linien im Kreis Warendorf zum Einsatz kommen und vier konventionelle Dieselmotoren ersetzen.
2. Der Kreis Warendorf trägt die jährlichen Mehrkosten in Höhe von insgesamt ca. 149.000 € bis 177.000 € über die Kreisergebnisrechnung der RVM.
3. Die RVM prüft und beantragt in Abstimmung mit der Verwaltung die Möglichkeiten des Einsatzes von Fördermitteln für die Anschaffung und den Betrieb des einen Wasserstoffbusses und der drei Elektrobusse.

Ergänzung zur Vorlage 086/2022:

zu Nr. 3:

Um die Dekarbonisierung und CO₂-Einsparung weiter voranzutreiben, soll auf die Fördermittel zurückgegriffen werden, durch die eine frühzeitige Beschaffung der Busse erfolgen kann.

4. Der Kreis Warendorf wird alle Anstrengungen unternehmen, bis zur Inbetriebnahme des Wasserstoffbusses eine (mobile) Tankmöglichkeit mit grünen Wasserstoff zu erreichen. Ziel ist es, diese Tankmöglichkeit im Kreisgebiet zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: vertagt

11.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2021	098/2022
-----	---	-----------------

Weitere Erläuterungen wurden nicht gewünscht.

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11:45 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Stefan Funke
Schriftführer